

Wirtschaftliche



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölftal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“... Sonntag: Die Illustrierte Beilage „Zeitschrift“ und „Literarische Umschau“... Mittwoch: „Reise und Wanderung“... Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: (im Ausd.) Handeltwille; Carl Mich. Brühl, Davel. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3603-3668. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666.

Vertrauensvotum der Kammer

Abschluss

Der außenpolitischen Debatte

Paris, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst | Die Kammer hat dem Kabinett Kerdien mit 342 gegen 17 Stimmen bei fast einstimmiger Stimmhaltung des linken des Vertrauens ausgesprochen.

Der Abschluss der außenpolitischen Debatte in der Kammer hat allerdings noch zu einer Reihe heftiger Zwischenfälle geführt. Zu Beginn der Sitzung ergriff der Abgeordnete Gramont, Vizepräsident des Reichs, um den Ausschluss von Frankreich aus dem Vertrag des Versailler die französischen Außenminister, namentlich wegen der Räumung des Rheinlandes, und beruft sich zum Schluss auf den Marschall Foch, der die Räumung als ein Verbrechen gegen das Vaterland bezeichnet habe.

Als Briand dies auf das nachdrücklichste bestritt, eilt der Abg. Heibel seinem bedrängten Kollegen zu Hilfe. Er zieht ein kleines Notizbuch aus der Tasche und erklärt, er habe hier eine schriftliche Note des Marschalls Foch, die dieser im Jahre 1920 dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten Briand übergeben habe. Der Marschall erklärt, diese Note sei gefälscht und sei, das Rheinland angehend, ohne die notwendigen Sicherheitsgarantien erreicht zu haben.

Die lenklose Enttarnung Heibels wirkt auf die Kammer wie eine Bombe. Anteillich erhebt sich Briand von seiner Bank und ruft mit zerschmetterter Stimme: „Der Heibel, haben Sie gesehen, was Sie eben getan haben? Sie haben dieses Dokument nie geteilt. Ich weiß auch nicht, wo Sie es herhaben können. Aber noch schlimmer: Der Marschall war nicht nur Führer der interalliierten Seere, sondern auch Präsident des interalliierten Militärkomitees. Er wäre also verpflichtet gewesen, dieses Dokument dem Komitee vorzulegen. Das Komitee wiederum unterband der Besprechungs-Konferenz und diese unterband mit dem französischen Außenminister.“

Der Marschall sollte also, so schreien Sie, ohne mein Wissen Noten an den Präsidenten der Republik und an den Ministerpräsidenten verteilt haben, und ich, der verantwortliche Außenminister, erstäre davon erst durch einen Zwischenfall? Das sind Methoden, die verhängnisvolle Folgen haben können.“

Verdächtig lacht sich Heibel zu rechtserheben. Seine Stimme geht unter in den entrillenen Protesten der Kammer. Auch Franklin Bouillon hält es für geboten, nach diesem Zwischenfall ebenfalls in der Besetzung zu verschwinden. Er schließt seine Rede mit der erneuten Forderung nach erfüllten Garantien im Young-Plan. Briand schließt ihm noch die entrillerte Republik nach, er habe nur lauter Polemik aus vergeblich anzuhören, was er denn eigentlich für eine Außenpolitik gegenüber Deutschland teilen wolle. Er habe nur kritisiert, er habe aber nichts anderes Besseres an die Stelle der Politik von Locarno, Genf und vom Saag zu setzen vermocht.

Zum Schluss erklärte noch Ministerpräsident Cardin, man habe wieder kein Fagen verübt, die Regierung zu halten und zu unterbinden. Die Opponenten hätten dabei aber weder ein Gegenprogramm vorgelegt, noch auch eine klare Abkündigung verlangt. Wenn die jetzt Sanger Konferenz Überforderungen gebracht habe, so habe Erwinen dort doch nicht alles erreicht. Die französische Regierung habe keine Niederlage erlitten. Die zweite Konferenz sei als langfristige vorbereitet. Der Fache würde unter seinen Umständen besser gefahrt sein.

Was die allgemeine Weltöffentlichkeit anlangt, so gab er Kardien, der sich an den Versäßen Verhandlungen mitunter hoch zu tun, daß der Friedensvertrag nicht vollkommen sei. Er sei mit Briand vollkommen einverstanden, daß die Versäßen des Vertrages gefahrt werden müssen. Er fordere von der Kammer ein klares Vertrauensvotum. Wenn die Kammer glaube, daß er eine Gefahr für die Politik Frankreichs sei, dann die Rechte dürfe, daß Briand eine Gefahr für die jetzige Außenpolitik sei, solle sie es offen sagen. Er aber, Kardien, erkläre sich mit Briand vollkommen einig.

Bartels Wiederkehr

Billfahris Verbindungsroman zur Demokratie

Warschau, Ende Dezember

Ein dierstgrötiger, energischer Mann in der zweiten Hälfte der Vierziger, dem man keine heutzutage Abkunft aus ansehen würde, wenn sie nicht schon der Name verräte — das ist Billfahris Vertrauensroman Dr. A. J. Bartel, der jetzt zum fünftmal seit der „Zerbrechung von Versailles“ durch den Marschall im Jahre 1920 mit der Sitzung der polnischen Regierung beauftragt wurde. In seinen Umgestaltungen tritt er um mehrere Grade weniger glatt als etwa die vornehmen Herren vom Maganer-Tisch des Billfahris-Büros und sogar größer als die Vertreter der rein militärischen Methoden, die berühmten „Obersten“. Man merkt es diesem Zemberger Sozialpol-Professor an, daß er sich den Weg nach oben aus eigener Kraft gebahnt hat.

Militärischen Obersten-Rang hat er übrigens auch: Im Weltkrieg war Billfahris Eisenbahner-Korps eingezogen, trat er 1918 ins polnische Heer über, wo er es durch Felderkenntnis, Fleiß und Organisations-talent rasch zum Leiter des am 1. September 1919 militärischen Polizeiführers brachte. Seitdem hat er als Feld- und Stadtmilitär für Verfahrungsfragen (Jahre 1919 bis 1920) in der Regierung; als oberste Amt 1920-21 während des Krieges mit dem Billfahris zum zweifmalig ausgeschieden geführt hatte, war sein politischer Ruf bereits begründet. Von demokratischen Kleinmannen 1922 in den Sejm gewählt, ist er sich dort bald seine eigene kleine Fraktion, die zur Vorläuferin des späteren Billfahris-Klubs wurde, eine bürgerlich-liberalistische Gruppe, die bedeutungsvoll zu dem strengen Beschreiber und alten Freiheitskämpfer hielt. Bartels damalige parlamentarische Kämpfe gegen die Rechtsparlamentarier trugen dazu bei, daß dem Marschall der Ruf eines Volksmannes gewahrt blieb.

Bartels erste Berufung zur Ministerpräsidenten-Auswahl durch den gemäßigteren Vertagung der parlamentarischen Rechtsregierung wirkte denn auch als Willensfundgebung Billfahris für ein gewisses Maß von Aufrechterhaltung parlamentarischer Formen und Zusammenarbeit mit dem Sejm. Ihr folgten freilich nicht nur Stimmungsausträge des Marschalls gegen die Volksvertretung und ihre Mitglieder, sondern auch häufig angewandte Druckmittel aller Art, die am 1. September 1921 Billfahris den Sejm an der Durchführung ihrer oppositionellen Forderungen zu hindern; Vertagung vor entscheidenden Abstimmungen, weitestgehende Ausübung des Notverordnungsrechts des Staatspräsidenten, technische Veränderung der Zustimmung des Senats innerhalb der vorgeschriebenen Frist usw. Bartel verstand es, alle diese antiparlamentarischen Sühntaten wenigstens zu einwandigen, daß sie mit einigen Vorkäufen des Sejm in der Notwendigkeit der politischen Verfassung hineinkontrahiert werden konnten. Als vorkaufender Minister, der auch einen Abzug der Sozialpolitik verbündete und so als Gegengewicht gegen die offen feindsichtig und reaktionär entgegengesetzten Kreise im Gefolge des Marschalls erschien, erhielt er alljährlich den Staatsaushalt bewilligt und erreichte sogar die Ablehnung aller Mißtrauensvoten gegen die Regierung.

So verhielt er sich Billfahris ein Parlament, das trotz des oppositionellen Appellenkennzeichens seiner Mehrheit das Regime praktisch wenig hinderte. Der Volksvertretung aber rettete er mit dieser Taktik wenigstens ihre Fortexistenz auf der alten, formal-rechtlichen Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der theoretischen Minister-Verantwortlichkeit und damit die Hoffnung auf einen späteren Wiederantritt zur Macht.

Die Starfmacher unter den Bürgerrechtler freigelegte gebildeten Offizieren und die neuerdings zu Billfahris gebildeten konservativen Großgrundbesitzer lagen mit Mißtrauen auf diese Taktik. Solange Billfahris persönliche Autorität einwirkte, ist, was man sich so an der Hand halten. Aber was dann? Spielte Bartel nicht die Gefahr des Wiedereintritts wieder in die Hände der Parlaments-Mehrheit? Lieber keinen Kopf hinweg werden jeder Entwurf einer neuen Verfassung fertiggestellt, der als ausgefallenes Muster für eine konsequent durchgeführte Autokratie in Verbindung mit einer zur bloßen Waise ausgefallenen Fassade von modifiziertem Scheinparlamentarismus denkbar bleiben wird. Auf die legale Durchführung dieser Verfassungsreform behauptete seine

Heute Befanngabe der deutschen Delegierten

Und des neuen Staatssekretärs

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, an der auch Reichskanzler Dr. Schmidt teilnahm, führte noch nicht zur Ernennung der Delegierten Ausschusses für die zweite Hoover-Konferenz. Die Sitzung wird, als ein Kommuniqué sagt, heute wieder unter Beteiligung des Reichskanzlerpräsidenten fortgesetzt werden, so daß man also die Befanngabe der Delegation für heute erwarten kann.

Der Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs Bopp ist gestern gleichfalls noch nicht ernannt worden. Man rechnet jetzt doch noch wie vor mit der Ernennung des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hans Schäffer.

Bacelli Staatssekretär

In Rom erhält sich barinadig das Gerücht, daß der Kardinal-Staatssekretär Gasparri zu Neujahr seine Demission einreichen wird. Bei dem hohen Alter des Kardinals, der im 78. Lebensjahre ist und seit etwa 20 Jahren den wichtigsten Staatsamt des Vatikans bekleidet, wäre sein Rücktritt nicht verwunderlich. Als Nachfolger wird allgemein Kardinal Bacelli, der frühere Berliner Nuntius, genannt.

Bassiver Widerstand in Indien

London, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Auf dem allindischen Kongreß ist nunmehr heute der vielbesprochene Antrag Ghani über ein Kongreßschloß vorgelegt worden, und Zweifel an seiner Annahme dürfen kaum mehr bestehen. Wie bereits von uns angekündigt wurde, ist der Antrag in äußerst scharfen Worten gefaßt. Es wird darin erklärt, das indische Volk wünsche nicht mehr den Dominanzstatus, sondern werde wüßige Unabhängigkeit. Auch die vom Kongreß vorgeschlagene Konferenz zwischen der Regierung und den Indischen

Führern wird abgelehnt, obwohl dem Kongreß persönlich für seine Bemühungen um das Wohl des indischen Volkes gebührt. Es ist nicht wohl als feilschend anzusehen, daß der passiver Widerstand, den dem Ghani seit längerer Zeit geübt hat, und der schon einmal beschworen wurde, nun zu Beginn des neuen Jahres proklamiert wird.

„Es muß noch mehr geschehen“ meint Seipel

Luxemburg, 27. Dezember | Ullstein-Nachrichtendienst

Der frühere österreichische Bundeskanzler Seipel sprach hier in einer Rede über „Arden“ an Volk aus über die letzten Ereignisse in Österreich. Interessant, wenn auch nicht überreißend, wie Seipel die Bewegungen beurteilt: „Es ist uns nicht leicht, heraus eine Volkswirtschaft entstehen, die den Zweck hat, das Volk von der Bedrohung zu befreien. Gegen jene, die sich dieser Bewegung widersetzen und die ihr gar ein Klein gegenüberstellen, ist es zu schaffen, so zu drohenden Worten gekommen. Die Gefahr zu bannen, dazu gibt es nur ein Mittel: die Reform unserer Verfassung, die die Fehler der zu großen Größe bei der Zusammenfassung und der falschen Einflüsse der ersten Reichstagsjahre aufweist. Dem Bundeskanzler Schuber ist ein Schritt in dieser Richtung gelungen, aber auch nur ein Schritt. Es wird auf derselben Linie noch mehr geschehen müssen. Doch genügt es nicht, gesetzliche Paragraphen zu ändern. Wichtig ist die Erziehungsarbeit an allen Schulen, Hochschulen und Klösten.“

Ein Minister-Dinnetta auf die Frage des Anschließens heilte nicht. „Die Menschen haben im Laufe der Geschichte gelernt, daß sie notwendigen Gemeinlichkeiten entgegen können, wenn sie dadurch von der Pflicht entbunden zu sehen, einer dieser Gemeinlichkeiten freizulassen.“ Wie die Religion aus der Wärschenschaft des Staates herausgehoben wurde, so können wir in verschiedenen Staaten nebeneinander leben und doch unsere Volksgemeinschaft im Betzen hochhalten.“

Gegenwärtig läßt sich auch die Geschlechter Jita in Luxemburg auf. Ob es von einer Bewegung zwischen ihr und Seipel oder gar zu politischen Unterhandlungen kommt, ist ungewiß.